

Warum ist der chinesische Sozialismus gescheitert?

Vortrag beim Kongress „Aufhebung des Kapitalismus – Die Ökonomie einer Übergangsgesellschaft“, Marxistische Abendschule Hamburg

Auf den ersten Blick eine überraschende Frage, insbesondere im Jahr 2013! Dass China sich dem kapitalistischen Lager zugewendet hat, liegt 35 Jahre zurück; zwischenzeitlich ist die Volksrepublik zu dem ‚shooting star‘ der heutigen Staatenkonkurrenz geworden. Warum also dieser Rückblick auf längst Vergangenes?

Kritik am Kapitalismus, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihres Blocks für ein gutes Jahrzehnt so gut wie tot war, wird momentan wieder ein wenig lauter. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage nach einer Alternative gestellt – das ist wohl der eine Grund, sich rückblickend mit den alten sozialistischen Projekten Sowjetunion, China, Kuba zu befassen. Gleichzeitig kriegen diese linken Kritiker stereotyp zu hören, der Kapitalismus sei, bei aller Kritik, letztlich doch wohl *alternativlos* – genau das sei durch das Scheitern sämtlicher sozialistischer Versuche klipp und klar bewiesen: Die Sowjetunion habe sich selbst zerstört, China sei zum Kapitalismus übergelaufen, das sage doch wohl alles! Vor lauter Begeisterung für das Scheitern der ungeliebten sozialistischen Staaten erscheint es von diesem Standpunkt aus völlig überflüssig, sich damit zu befassen, *was* da eigentlich gescheitert ist und *warum*.

Dagegen soll hier einmal ernsthaft nachgefragt werden:

- *Was* waren das überhaupt für sozialistische Alternativ-Versuche? Was haben diese alten Revolutionäre unter Sozialismus verstanden und wie haben sie ihn dementsprechend organisiert?
- *Warum* hat diese real existierende Kritik am Kapitalismus keinen Bestand gehabt, sondern sich selbst wieder aufgegeben? „*Gescheitert*“ – ganz wörtlich genommen: passivisch, unpersönlich! – sind diese Länder nämlich nicht. Vielmehr haben die in ihnen regierenden Kommunistischen Parteien, damals durchaus noch im Vollbesitz ihrer Macht, *entschieden*, dass sie in Zukunft auf eine andere Art des Wirtschaftens setzen wollen. Die Gründe, warum sie das getan haben, sind also zu ermitteln.

Staatsidealistischer Sozialismus

Ich will versuchen, beide Fragen am *Beispiel Chinas* zu beantworten. Dazu ein Blick in die Anfänge der Mao-Zeit. In einem völlig zerrütteten Land, das damals als eins der ärmsten und elendesten der Welt galt, begannen die Kommunisten 1949, nachdem sie sich in zwanzig Jahren Krieg und Bürgerkrieg durchgesetzt hatten, mit ihrem „Aufbau“.

Ihre Ziele hießen:

- Eine sozialistische Wirtschaftsordnung, die dem gesamten *Volk einen gerechten Anteil am produzierten Reichtum garantiert* – so sollten Armut und Verelendung der Bauern und Arbeiter überwunden werden.
- Eine in jeder Hinsicht *moderne Gesellschaft entwickeln* mit einer industriellen Massenproduktion, der dazugehörigen *Technik*, einem für sein Volk endlich wirklich *nützlichen Staat* und schließlich gebildeten und aufgeklärten Menschen – also das genaue Gegenbild der vorgefundenen Verhältnisse, in denen die wenigen modernen Produktionsmittel weitgehend in der Hand von Ausländern waren und das chinesische Volk in seiner Mehrzahl unterernährt, abergläubisch, fatalistisch.

Damit haben die chinesischen Kommunisten programmatisch eine radikale *Absage* an die westliche Welt und ihre Führungsnationen ausgesprochen: Mao kündigte an (und das immerhin für einen nicht gerade kleinen Teil der Menschheit!), dass er seine neue Gesellschaft nicht auf *deren* Prinzipien aufbauen wollte – Kapitalismus und Imperialismus –, sondern sein neues

China als sozialistisches Staatswesen verstand, das sich deshalb auch mit der benachbarten Sowjetunion verbrüdern wollte.

Nun war der Aufbau dieses neuen China in der einen Hinsicht keineswegs eine *freie* Angelegenheit – die Kommunisten damals konnten sicher nicht einfach die Gesellschaft aus dem Ärmel schütteln, die ihnen als Ideal vorgeschwebt hat. Sie hatten zu berücksichtigen, was sie vorgefunden haben: eine erbärmlich kleine, auf die Ostküste beschränkte Industrie, jede Menge alter Gegner ihres Projekts aus der bisher herrschenden Klasse und ein nicht gerade freundlich gesonnenes Ausland. Trotzdem ist es entscheidend in einer solchen Situation, was eigentlich diejenigen im Kopf hatten, die jetzt immerhin eine gewisse Freiheit besaßen, das zu machen, was sie sich unter Sozialismus vorgestellt haben – auch wenn diese Freiheit durch die genannten Bedingungen eingeschränkt war. Anders gesagt: In einer solchen revolutionären Situation kommt es tatsächlich sehr darauf an, *was* man eigentlich *wie* kritisiert und was man dann auch als positiven *Gegenentwurf* in die Praxis umsetzt.

Schauen wir uns also die Vorstellungen der chinesischen Kommunisten etwas genauer an.

- a) die neue sozialistische Produktionsweise soll die Ungerechtigkeit der alten überwinden, sie soll den Arbeitern und Bauern einen gerechten Anteil an dem, was sie produzieren, einbringen. Deutlich wird: Da wird im Namen der *Geschädigten* des bisherigen Systems gesprochen. Allerdings ist schon die Klage, Armut und Elend seien Konsequenzen der bisherigen waltenden *Ungerechtigkeit*, bemerkenswert. Damit machen die Revolutionäre nämlich aus dem Schaden, den die Mehrheit der Menschen offenbar erleidet, so etwas wie ein *Versagen* der alten Herrschaft – so als hätte diese eigentlich ebenso wie man selbst anderes gewollt bzw. wollen müssen, während es sich in Wirklichkeit doch um die durchaus *notwendigen* Folgen der feudal-kapitalistischen Ordnung und der in ihr herrschenden Interessen handelt. Gleichzeitig treten sie mit Vorwürfen auf, in denen das eigentlich Problem gar nicht mehr bei den Armen und ihrem Schaden liegt, sondern bei der *Ineffizienz* der bisherigen Ökonomie, der Verschwendung von Ressourcen und vor allem der ausbleibenden Entwicklung des Landes. Das ist bereits eine Verschiebung der Kritik vom Standpunkt der Geschädigten hin zu einem, zunächst mal vorsichtig formuliert, *übergeordneten* Standpunkt
- b) Für Ungerechtigkeit und Ineffizienz der bisherigen Wirtschaftsweise haben die Kommunisten vor allem eins verantwortlich gemacht: die *private Aneignung* von großen Teilen des gesellschaftlich produzierten Reichtums durch Großgrundbesitzer und Kapitalisten. Deshalb wurden Großgrundbesitzer und große Unternehmer in der Zeit nach 1949 enteignet. Nach der Beseitigung dieser Störenfriede hielt man dann allerdings so ziemlich alles, was man aus der Geldwirtschaft kennt, *tauglich* für die neue sozialistische Wirtschaft: Geld, Ware, Preise, Lohn, Gewinn. Offensichtlich haben diese Sozialisten sich ihr Urteil über den Kapitalismus nach dem Motto „gute Seiten – schlechte Seiten“ eingeteilt. Ungerechtigkeiten wie die Ausbeutung der kleinen Bauern und Arbeiter, aber auch Ineffizienz durch Pleiten und Krisen hielt man für schlecht – das sollte mit dem Verbot des privaten Egoismus, den *Eigentümern* und ihrer gesellschaftlich schädlichen Konkurrenz und Bereicherung verschwinden; *alles andere* sollte aber dann als Mittel einer staatlichen Planung erhalten bleiben und tauglich sein – denn am Kapitalismus hat man durchaus auch vieles bewundert, vor allem seine industrielle Massenproduktion und die Entwicklung der Produktivkräfte, die er in einer bis dahin unbekanntem Art beschleunigt hat.
- c) Damit hat man allerdings einen eigenartigen *Widerspruch* zum *Programm* gemacht: Man hantiert (und plant!) mit lauter Kategorien, die eigentlich zu einer ganz anderen Gesellschaft gehören, nämlich der kapitalistischen, in der um die *Aneignung von Reichtum* konkurriert wird. Genau das, dass der *gesamte Wirtschaftsprozess* einer Gesellschaft als Streit und Gegeneinander darum abläuft, wer sich den größten Reichtum für sich = privat zu *eigen* machen kann, drückt sich ja in dem aus, was Marx als *Wert*

bestimmt hat. Die kommunistischen Parteiführer haben etwas anders gedacht: Für sie war nicht „Wert“ die Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise, sondern dass dieser „privat angeeignet“ wurde. Für eine staatlich initiierte Wertproduktion sollten Geld, Preis, Lohn, Gewinn dann als quasi unschuldige Kategorien deshalb durchaus nützlich sein und Dienst tun am Wachstum des Volkseigentums (auch eine interessante neue Konstruktion: ein Eigentum, das niemand aus-, sondern alle einschließt!). Daran merkt man ein seltsames Bedürfnis der alten Sozialisten, nämlich das nach ökonomischen *Gesetzmäßigkeiten*. Schlicht zu ermitteln, was gebraucht wird, welche Ressourcen dafür zur Verfügung stehen und daraus ein Kommando für Produktion und Verteilung zu machen, das hat ihnen offenbar widerstrebt. Sie waren auf der Suche nach einem *sich selbst steuernden und optimierenden Automatismus* (Stichwort: „dem Wertgesetz endlich zur Durchsetzung verhelfen“), von dem sie sich eine Produktion erwartet haben, in der Gebrauchs- und Tauschwert harmonieren und sich die Produktivkräfte endlich ungehemmt entwickeln.¹

All diese Missverständnisse in der Kritik der kapitalistischen Produktionsweise verraten vor allem eines: Ungemein viel Respekt vor dem, was sie doch überwinden wollten. Und sie bescheren der neuen Produktionsweise eine ganze Reihe von Merkwürdigkeiten und Widersprüchen.

Nehmen wir ein Beispiel: den sozialistischen Lohn. Der war einerseits garantiert und sollte sogar anerkanntermaßen steigen (ganz anders als in der Marktwirtschaft, wo immerzu feststeht, dass Bescheidenheit beim Lohn das Mittel des wirtschaftlichen Erfolgs ist!); andererseits kommt aber auch die sozialistische Wirtschaftsplanung nicht davon weg, den Lohn als Mittel einer jetzt eben staatlich verordneten Gewinnproduktion zu betrachten. Er bleibt betriebswirtschaftlich eine *Kost*, die der Gewinnrechnung des Betriebs negativ gegenübersteht. Auch im Sozialismus bewerkstelligt der Lohn damit als erstes den Ausschluss der Produzenten vom Reichtum und die Lebensmittel der Arbeiter bleiben zweitens auch hier eine negative Größe! Das führt dann zu Verkaufsformen, die den Widerspruch immer wieder aufs Tapet bringen: Lohndrücken und Entlassungen (hierzulande *die* Mittel des Betriebs für seine Profitproduktion) sollen nicht sein, das Verlangen nach langer und intensiver Arbeit aber schon.

Ein zweites Beispiel: der Gewinn der sozialistischen Betriebe.

- Während in der kapitalistischen Wirtschaft der *Zweck* eines Unternehmens in nichts anderem besteht, als *Gewinn zu machen* und es folgerichtig Konkurs anmeldet, wenn es diesen Zweck längere Zeit verfehlt, ist der Gewinn in der sozialistischen Planwirtschaft eine *Forderung*, die der Staat an seine Betriebe heranträgt. Das macht deutlich: Sie selbst haben diesen Zweck *nicht*. Kein Wunder, denn ihre Produktion ist ja für sie nicht Mittel ihrer Bereicherung gegen andere: Die von ihnen angebotenen Produkte sollen nicht Wettbewerber aus dem Feld schlagen, die von ihnen geforderten Preise dürfen nicht die anderer Firmen unterbieten und wenn sie einen Gewinn erzielen, steht er nicht ihnen zur Verfügung, um eine solche Konkurrenz auf der Basis gewachsener Größe ihres Kapitals auf höherer Stufenleiter durchzuführen, sondern wird an den Staatshaushalt überwiesen. Mit Blick auf die gesamtgesellschaftlichen Wirkungen *untersagt* der sozialistische Staat seinen Betrieben ihren schädlichen Egoismus, schlägt ihnen sämtliche Mittel dafür aus der Hand – und schreibt ihnen andererseits die Erwirtschaftung eines „Mehr“ abstrakt als Plansoll vor.
- Dessen Erfüllung bzw. „Übererfüllung“ stellt die Betriebsführer vor nicht unerhebliche Probleme. Denn neben einer souveränen Preisgestaltung stehen ihnen auch die üb-

¹ Dieses Bedürfnis existiert weiterhin – das wurde meiner Meinung nach auch in der Konferenz zur „Ökonomie einer Übergangsgesellschaft“ deutlich (etwa im Beitrag von Rüdiger Wilke).

lichen Mittel, mit denen ein kapitalistisches Unternehmen seinen Gewinn steigert, nur sehr bedingt zu Gebote. Das *Sparen* an Einkaufspreisen ist keine besonders viel versprechende Option, denn die Preise sind staatlich festgelegt; *Investitionen*, die durch moderne Maschinerie die Lohnsumme senken, stoßen gleich auf mehrfache Bedenken. Erstens kosten sie zunächst einmal Geld, statt unmittelbar welches zu sparen. Zweitens ist die Entlassung von Arbeitern, über die ein kapitalistischer Betrieb die aufgewandten Kosten für Investitionen als Sparen an der gezahlten Lohnsumme und so als Mittel für mehr Gewinn organisiert, im sozialistischen Unternehmen nicht statthaft – die sozialistische Wertproduktion soll ja gerade durch *Anwendung* möglichst des gesamten Arbeitsvolks wachsen und nicht dadurch, dass man es überflüssig macht. Ebenfalls nicht vorgesehen ist der Verkauf von mehr Produkten dadurch, dass andere Betriebe mittels gesenkter Preise unterboten werden. Im sozialistischen Betrieb ist eine Investition also weder ein Mittel, die gezahlte Lohnsumme zu senken, noch dafür, mit niedrigeren Lohnstückkosten eine Preisoffensive gegen Konkurrenten zu starten, weshalb sie sich drittens in der betrieblichen Bilanz als höherer Vorschuss bemerkbar macht, dessen negative Wirkung allenfalls durch eine absolut steigende Produktenmenge kompensiert werden kann. Insofern setzen schon betriebsinterne Überlegungen dem Einsatz neuer Technologie einige Schranken, die durch den Aufruf der Planungsbehörde, überhaupt „sparsam“ mit Kosten umzugehen, noch verstärkt werden. Investitionen eines sozialistischen Betriebs sind genehmigungspflichtig und müssen sich im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Abwägungen rechtfertigen. Dieser Umgang mit dem Einsatz neuer Technik macht sich nicht nur als Schranke für die Kalkulationen der einzelnen Betriebe geltend, sondern steht auch der eigentlich angestrebten allgemeinen „Entwicklung der Produktivkräfte“ ziemlich im Weg.

- Am ehesten werden die sozialistischen Betriebe in ihrem Bestreben, einen Überschuss über die Produktionskosten zu erzielen, bei zwei Momenten des von ihnen organisierten Arbeitsprozesses fündig.

Erstens, indem sie eine eigentümliche Ignoranz gegenüber der *Qualität* der von ihnen hergestellten *Produkte* an den Tag legen. Unter den ihnen aufgemachten Bedingungen, also gerade weil sie sich den Vorgaben ihrer Planungsbehörde nicht einfach verweigern, sondern sie im Gegenteil durchaus entgegenkommend erfüllen wollen, eröffnet sich ihnen vor allem ein Weg: Sie *sparen* bei der Produktion durch Verwendung schlechter, aber billiger Rohstoffe und Einzelteile. Damit erzeugen sie Warensortimente, die die betriebliche (und staatliche) *Wertbilanz* wachsen lassen – und weiterverarbeitende Unternehmen wie Konsumenten flächendeckend zur Verzweiflung treiben oder in den staatlichen Handelshäusern trotz allgemeiner Warenknappheit zum Ladenhüter werden.

Zweitens, indem sie ihre Arbeiterschaft zur Leistung von *Mehrarbeit* anstacheln. Jeder Beschäftigte soll, auf der Basis eines unterstellten gemeinschaftlichen Produktionszwecks, das Interesse entwickeln, möglichst schnell, effektiv und ergiebig zu arbeiten, mit anderen Worten: Er soll nicht seinen „kapitalistischen“ Egoismus von wenig Arbeit gegen viel Lohn zum Maßstab machen, sondern diesen überwinden und „sozialistisch“ denken = möglichst viel arbeiten (wollen). Weil die sozialistischen Betriebe gegen ihre Mannschaft bewusst nicht die Mittel in Anschlag bringen, mit denen ein kapitalistisches Unternehmen seine Mehrwertproduktion permanent steigert, verfallen sie auf die *Moral* ihrer Arbeitskräfte als ihr wichtigstes Mittel, die Ergebnisse der Produktion zu steigern: extensive Ausdehnung der zu leistenden Arbeit durch Verlängerung der Arbeitszeit oder Erhöhung des Leistungspensums sowie zusätzliche Arbeitseinsätze für besondere Aufbauleistungen.

An dieser Betrachtung des sozialistischen Lohns und des sozialistischen Gewinns kann man sehen: Ohne die Konkurrenz freier Eigentümer kriegen Preise, Löhne, Gewinne, das Geld in der realsozialistischen Ökonomie allesamt einen durchaus anderen Gehalt – sie sind wirklich etwas anderes als Preise, Löhne, Gewinne und das Geld in einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Alle Beteiligten und Institutionen (die Betriebe) werden mit ihrer Hilfe in Beschlag genommen werden für ein dauerndes Wachstum nicht nur der Gebrauchswert-, sondern auch der Wertproduktion und *gleichzeitig* werden ihnen die in der Marktwirtschaft dafür üblichen Rücksichtslosigkeiten gegeneinander untersagt. Aus diesem Programm, nach der *Beseitigung der Konkurrenz* mit den Kategorien einer *Konkurrenzökonomie* zu planen, erwachsen die eigentümlichen Schranken, die die realsozialistische Ökonomie so seltsam „lahm“ aussehen lassen wie die Umgangsformen der Beteiligten, die am Ende so bizarr sind, dass sie keiner mehr verstehen kann. *Die Realsozialisten wollten mit der Beseitigung der Konkurrenz eine Ökonomie einrichten, in der Gebrauchswert und Wert endlich harmonisieren – hingekriegt haben sie allerdings eine, in der sich Gebrauchswert und Wert systematisch behindern.*²

Darin liegt der Grund für die bekannten Phänomene in diesen Ländern, die die Menschen als „sozialistische Mangelwirtschaft“ genervt haben und die der Staat als unerwartet schleppende Entwicklung der Produktivkräfte registriert hat. Von bürgerlicher Seite wird ja mit viel Freude hämisch auf das schlechte Warenangebot und die sonstigen Highlights der sozialistischen Fehlplanung hingewiesen, um zu beweisen, dass ein System zentraler Planung nicht funktionieren kann; von links werden Zentralismus und Bürokratie, die Entstehung einer neuen Klasse, die sich bereichert hat, kritisiert. Die Mängel der realsozialistischen Planwirtschaft rühren aber nicht daraus, *dass* geplant wurde und auch nicht daher, dass *zentral* geplant wurde, sondern *was und wie* geplant wurde: Das Wachsen eines Wertprodukts, das gleichzeitig einer gerechten Beteiligung der Arbeiter und Bauern und einem Staat dienen sollte.

- d) Der neue sozialistische Staat, der diese Planung bewerkstelligt, ist mit den allerbesten Absichten angetreten. Er will im Unterschied zu seinen Vorgängern wirklich seinem *ganzen Volk* nützen und nicht nur der bisher herrschenden Klasse, den Grundbesitzern und Unternehmern. Das Programm seiner Volksnützlichkeits meint er so ernst, dass er das gleich doppelt und dreifach betont: Volksrepublik, Volksdemokratie, Staat des ganzen Volkes... Gerade in der Empörung über das alte Regime und der Liste der Vorwürfe, worin es alles versagt hat (Bekämpfung der Armut, Ungerechtigkeit, fehlende Entwicklung), wird aber deutlich, wie sehr diese Kommunisten auf die eigentlich *guten Möglichkeiten* einer Staatsgewalt vertraut haben. Anders gesagt: ihnen ist leider nicht aufgefallen, dass bei der Ankündigung ihres neuen volksfreundlichen Staats gerade das „Volksfreundliche“ der Haken sein könnte. Denn auch mit dieser Ankündigung wird ja auf alle Fälle das Verhältnis von Volk und Herrschaft fortgeschrieben. Worin besteht dieses Verhältnis? Ein Volk ist immer die Basis einer Herr-

² Zum besseren Verständnis verweise ich auf meine Ausführungen in „Prinzipien staatlich geplanter Wertproduktion und ihre praktische Umsetzung: Ein Fehler und viele Widersprüche“ (Renate Dillmann, China – Ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht, 2009, 3. Aufl., S. 72 ff.). Die sowjetische Variante dieser Planwirtschaft erklären und kritisieren Karl Held (Die politische Ökonomie des realen Sozialismus – Planmäßige Zweckentfremdung von Lohn, Preis und Profit als Alternative zum Sozialismus in: Von der Reform des ‚realen Sozialismus‘ zur Zerstörung der Sowjetunion, S. 29 ff, 1992) und Michael Buestrich (Die Verabschiedung eines Systems – Funktionsweise, Krise und Reform der Wirtschaft im Realen Sozialismus am Beispiel der Sowjetunion, 1995).

schaft und umgekehrt: Eine Herrschaft gibt es dauerhaft nur, wenn sie sich eine Menge von Leuten zu ihrem Volk macht, das sie anerkennt und ihr treu zur Seite steht. Dieses prinzipielle Verhältnis ist den chinesischen Kommunisten eben gar nicht kritikabel erschienen. Folglich wollten sie es auch nicht überhaupt aus der Welt schaffen, sondern beide Seiten erneuern und verbessern: eine *gute* Herrschaft und ein *modernes, aufgeklärtes Volk*.

Zusammengefasst bezeichne ich dieses Programm der chinesischen Kommunisten *ökonomisch als halbherzigen Antikapitalismus* und *politisch als Staatsidealismus*.

Dieses volksfreundliche Programm wurde in der Folge in die Tat umgesetzt – die Kritik soll nicht heißen: schöne Ansprüche, hässliche Realität! Und gemessen an dem brutal rücksichtslosen Umgang, den kapitalistische Staatswesen, speziell diejenigen, die man als Drittweltstaaten bezeichnet, mit ihrer Bevölkerung pflegen, ist diese volksfreundliche Politik selbstverständlich ein ungeheurer *Fortschritt* gewesen. Was das große sozialistische Entwicklungsland in wenigen Jahren in der medizinischen Versorgung zustande gebracht hat, bei der Bekämpfung des vorher üblichen Hungers, der Lebenserwartung der Menschen, der Alphabetisierung, bei der Befreiung der Frauen und der Herausbildung eines allgemein politischen Bewusstseins seines Volkes, ist historisch noch immer ohne Parallele.

Die chinesische KP ist also wirklich für ihr Volk da gewesen und sie hat sein Leben enorm verbessert. *Gleichzeitig* aber hat sie diese Fortschritte immer auch als *Voraussetzung* für etwas anderes behandelt, das sich für sie nicht einfach in ein besseres Leben ihrer chinesischen Menschen aufgelöst hat: Der Staat wollte für sein Volk da sein – dann aber sollte dieses Volk ihm das auch danken und mit allem Einsatz für ihn da sein! Das Volk sollte die ökonomischen Vorgaben getreulich umsetzen und es sollte sich ganz generell dafür ins Zeug legen, dass das gemeinsame Projekt, das rote China, sein Aufbau oder wie immer man das genannt hat, vorwärts kommt. Dieses „fordernde“ Moment ist in dem Gedanken der volksfreundlichen Staatsgewalt von Anfang an mit im Programm.

Sozialismus und Nationalismus

Dieses Moment wird durch das, was ich fürs erste einmal als den *Nationalismus der KP* bezeichne, so richtig auf Trab gebracht.

Was ist damit gemeint? Einen ersten kleinen Hinweis darauf, wie Mao und seine Genossen in dieser Frage gedacht haben, gibt vielleicht schon die Tatsache, dass sie im Augenblick ihres Sieges keine Sekunde darüber überlegt haben, sich der angrenzenden Sowjetunion, dem immerhin schon existierenden! „Vaterland der Werktätigen“ anzuschließen. Von einem kommunistischen Programm her, das sich Fürsorge für die Arbeiter und Bauern und die dafür nötige Entwicklung der Produktivkräfte auf die Fahnen schreibt, ist das merkwürdig – denn für ein solches Programm machen Staatsgrenzen keinen Sinn: Es gibt ja auf den ersten Blick gar keinen Unterschied zwischen dem, was man westlich und dem, was man östlich der übrigens sehr langen sowjetisch-chinesischen Grenze will. Dass das keine überlegenswerte Option war, wirft schon ein erstes Licht darauf, dass die Kommunisten in China (genauso wie inzwischen die in der Sowjetunion) in dieser Frage etwas anders gedacht haben – für sie war die nationale Uniform ihres Kommunismus eigentlich ganz selbstverständlich.

Blickt man an dieser Stelle noch einmal weiter zurück, war es historisch natürlich zunächst einmal unumgänglich, China von den auswärtigen Imperialisten zu befreien. Aus Sicht der KP fiel deshalb ihr anti-imperialistischer Kampf um die Wiederherstellung nationaler Einheit und Souveränität mit ihrem sozialistischen Projekt schlicht und einfach zusammen, sie hat Kommunismus und Nation von Anfang sehr unbefangen in eins gesetzt. Unbefangen ist diese Gleichsetzung, weil Kommunismus und Nation der Sache nach ein diametraler Widerspruch sind – dazu ein kurzer *Exkurs*:

Kommunismus und Nation sind beides *Formen von Gemeinschaftlichkeit*, wenn man sie auf einer sehr abstrakten Ebene betrachtet. Aber dem Inhalt nach ist zwischen ihnen ein größerer Gegensatz kaum denkbar.

Die Kennzeichen einer Nation

- die Zugehörigkeit zur Nation ist Werk des Staates und bleibt nicht der Entscheidungsfreiheit der ihr angehörenden Individuen überlassen – wobei die staatliche Gewalt Ursprung und dauerhafte Existenzbedingung dieser Zwangsgemeinschaft ist;
- der Zweck der Nation ist *sie selbst* – einerseits unbegründbar, andererseits als über allem schwebende Phrase mit beliebigem Inhalt zu füllen;
- alle tatsächlichen Unterschiede und Gegensätze ihrer Mitglieder (zwischen Herrschern und Beherrschten, zwischen ökonomischen Nutznießern und Geschädigten) werden für belanglos erklärt. Nationales Wir-Gefühl kann nur aufkommen, wenn die Beteiligten gerade von ihren praktischen Interessen und den darauf basierenden Gegensätzen zwischen ihnen absehen und hinsehen darauf, dass sie „trotz allem“ eine Gemeinschaft, ein politisches Kollektiv sind;
- der jeweils gültige nationale Zweck wird von einer Herrschaft definiert und von einem dienstbereiten Volk ohne prüfende Nachfragen akzeptiert und praktisch umgesetzt,
- sie steht polemisch gegen alle individuellen Berechnungen und fungiert umgekehrt als höchster Wert für alle ihre Mitglieder – ein Wert, der im Ernstfall die Aufopferung von Gut und Leben des gesamten Volks einfordert.³

Was zeichnet dagegen eine kommunistische Gemeinschaft aus? (ich verwende „kommunistisch“ hier kategorial, also im Sinn der Marx-Vorstellung, die Kommunismus der kapitalistischen Gesellschaft entgegengesetzt, nicht im Sinn ihrer realsozialistischen Praxis; ich erinnere daran, dass der Name dieser Gegnerschaft gegen Kapitalismus sich gerade das zur Kennzeichnung gewählt hat: eine vernünftige zweckrationale Gemeinschaft gegen die den Kapitalismus auszeichnende Konkurrenz!)

Diese kommunistische Gesellschaft würde sich programmatisch dadurch auszeichnen,

- dass ihre Mitglieder ihr – zumindest nach einer Übergangsphase – aus freiem Entschluss angehören und sich an ihr beteiligen,
- dass ihr Zweck in der möglichst rationalen Organisation einer geplanten Wirtschaft besteht (Stichworte: mit möglichst geringem Arbeitsaufkommen eine solide Grundversorgung, ein gutes Gesundheitswesen, eine Bildung, die den Namen verdient, organisieren; Kooperation statt Konkurrenz, sichere Lebensverhältnisse statt den ewig unsicheren und rastlos umgewälzten kapitalistischen; sich bewusst sein, dass es Unterschiede und Gegensätze in den Vorstellungen über Bedarf, Produktion, Arbeits- und Freizeit gibt und dafür geeignete Formen der Auseinandersetzung bzw. in einem über die Grundversorgung hinaus reichenden Bereich Wahlmöglichkeiten zwischen Zeit und Konsum entwickeln)
- dass ihre Mitglieder diesen Zweck in einer sachlichen Auseinandersetzung bestimmen und nachprüfen, inwiefern seine Umsetzung mit ihren Interessen konform geht;
- dass sie über das Wohlergehen ihrer Mitglieder hinaus keinen ‚höheren‘ Wert kennt.

Eines müsste man an diesen Andeutungen auf den ersten Blick erkennen können: Zwischen einem nationalen und einem kommunistischen Programm liegen Welten und die Gleichset-

³ Das ist hier natürlich extrem thesenartig zusammengefasst und lässt mit Sicherheit einige Rätsel über Patriotismus, Nationalismus und seine Konsequenzen unerklärt. Mehr findet sich im Exkurs „Kommunismus und Nation“ in meinem Buch (S. 36 ff) und unter dem Stichwort: Nation bei renatedillmann.de

zung, die die chinesischen Kommunisten sich auf die Fahnen geschrieben haben, kann nicht ohne Folgen bleiben.

Anders gesagt: Damit diese Gleichsetzung überhaupt ging, haben die Kommunisten Nation ganz *idealistisch* gedacht – genau wie bei ihrer Kapitalismus- und bei ihrer Staatskritik. Die chinesischen Kommunisten haben die dunstige Floskel von Nation mit *einem neuen, fortschrittlichen Inhalt* gefüllt. Auch an diesem Punkt wollten sie Ernst machen mit einer *Ideologie*, in diesem Fall mit der Ideologie der *Gemeinschaftlichkeit*, die in Nation enthalten ist: Normalerweise besteht die ideologische Wirkung des nationalen Gedankens darin, die Geschädigten einer Klassengesellschaft auf *Opfer für den Erfolg* des großen Ganzen festzulegen. Die chinesische KP hat dieses Verhältnis umgedreht. Sie wollte einen für die Mehrheit nützlichen Staat und ist damit angetreten *gegen* die Nutznießer der bisherigen Ordnung. Sie ist anfangs sogar davon ausgegangen, dass auch Grundeigentümer und Fabrikbesitzer *als chinesische Patrioten* an Modernisierung und Fortschritt des Landes interessiert sein müssten und wollte diese praktisch verpflichten auf *ihre* volksfreundliche Interpretation (mit mehr oder weniger Erfolg, wie man sich denken kann).

Zerstörerische Widersprüche

In den knapp dreißig Jahren der sozialistischen Volksrepublik hat sich der Widerspruch dieser Idee praktisch immer mehr geltend gemacht. Am Ende hat er dazu geführt, dass ‚das Nationale‘ über den volksfürsorglichen Idealismus des ursprünglichen Programms *siegt*. Warum?

Nation beinhaltet notwendig ein Verhältnis der *Abgrenzung* und damit auch der *Konkurrenz* nach außen – sonst hätte die Nation als Besonderheit kein Existenzrecht. Wie Nation selbst kann auch diese *Konkurrenz* idealistisch-volksfreundlich gedacht werden, etwa in dem Sinne, dass sozialistische Staaten nicht mit Profitbilanzen, sondern mit der Versorgung ihrer Menschen und tollen Alphabetisierungsraten glänzen – und genau das haben die chinesischen Kommunisten auch zunächst getan, mit viel weltrevolutionärem Elan. Nichtsdestotrotz war damit das Anliegen in der Welt, als *Nation* teilzuhaben an einem *Wettbewerb um Anerkennung und Positionen* – in der gesamten Staatenwelt, im sozialistischen Verband der Bruderländer, unter den Entwicklungsländern usw. Maos neues China hat sich der Welt von Anfang an als *anspruchsvolle* Nation präsentiert, die mit ihrer neuen sozialistischen Gesellschaft die Jahre ihrer imperialistischen Unterdrückung schnell und eindrucksvoll überwinden wollte.

Der darin enthaltene *nationale Ehrgeiz* ist dann – ausgerechnet *auf Basis der bereits errungenen Erfolge* – ziemlich schnell in Widerspruch zu dem getreten, was die sozialistisch-volksfürsorgliche Seite des Projekts ausgemacht hat. Den Führern der KP sind die Fortschritte, die China in den fünfziger Jahren gemacht hat, zu langsam gegangen; sie haben von ihrer sozialistischen Ökonomie mehr verlangt. Diese Selbstkritik (von oben!) ist in zwei Varianten aufgetreten: Die eine hat bemerkt, dass mit der Konkurrenz auch die subjektiven Motive für die Beteiligten der Wertproduktion, sich anzustrengen, beseitigt wurden – das war der Auftakt dafür, ein System der „materiellen Interessiertheit“ auszuklügeln, dass mit Lohnunterschieden und Gewinnzuweisungen an die Betriebe arbeitet. Das kritisieren die anderen als Rückfall in „kapitalistisches Denken“ und fordern dagegen wahrhaft selbstlose revolutionäre Aufopferung. Während die einen also mit *Hebeln* (à la Sowjetunion) das Wachstum beschleunigen wollen, setzen die anderen – federführend der große Vorsitzende Mao – auf die *Moral* der Massen. Das ist der „Kampf zweier Linien“, der in China über mehrere Jahrzehnte getobt hat. Beide Einfälle offenbaren, dass das Volk eingespannt werden soll für etwas, was nicht mit seinem Wohl zusammenfällt – sonst müsste man es nicht durch ein ganzes System von stimuli zum Mitmachen anregen oder durch einen ebenso nervigen wie dauerhaften Appell an seine Einsatz- und Opferbereitschaft für etwas zu begeistern, das angeblich doch längst in seinem eigenen Interesse liegt. Die sozialistischen Menschen sind offensichtlich *nicht* die *Subjekte*

ihrer Produktion, die in einem Plan festlegen, wie viel an Aufwand und Mühe sie einsetzen wollen für das, was sie gerne zum Leben und darüber hinaus hätten. Im sozialistischen Plan ihrer KP tritt ihnen vielmehr eine fremde, äußerliche Forderung gegenüber, für die sie mit Tricks oder moralischen Appellen gewonnen werden sollen.

Bekanntermaßen hat Mao sich mit seiner Linie zunächst durchgesetzt. Ein Zitat aus einem Rückblick der Beijing Rundschau aus der Zeit des „Großen Sprungs“ drückt seine Haltung aus: „Die KP glaubte, dass China sich in einer großen Periode befinde, in der ein Tag zwanzig Jahren gleichkäme. Sie ruft dazu auf, mit dem Aberglauben zu brechen und das Denken zu befreien und danach zu streben, Großbritannien und die USA noch früher als geplant (!) einzuholen. Wir haben mehr als 600 Millionen Menschen. Unsere Partei hat engste Verbindungen mit der mehr als sechshundertmillionenköpfigen Bevölkerung hergestellt. Gestützt auf diese große Kraft sind wir in der Lage, alles zu tun oder bald alles zu tun, was die Menschheit vollbringen kann. Es gibt nichts auf der Welt, was wir nicht vollbringen können.“

Man sieht hier, dass sich das sozialistische China ernsthaft in einen *Vergleich* mit den kapitalistischen Staaten stellt. Wer so was macht, unterstellt ganz praktisch erstens eine Identität zwischen dem kritisierten kapitalistischen und dem eigenen Projekt und will zweitens darin besser abschneiden! Für diesen Vergleich setzt Mao inzwischen schon nicht mehr auf die Leistungen bei der Versorgung oder Bildung seines Volks, sondern er will ihn auf „härteren Feldern“ gewinnen: Ungeheure Fortschritte bei der Stahlerzeugung (um die ging es hier in der Kampagne Großer Sprung nach vorn!) sollten die Überlegenheit der sozialistischen Ökonomie demonstrieren. Dafür, für diesen Zweck haben die chinesischen KP-Führer dann versucht, das *einzigste Mittel*, über das sie verfügt haben, ihr armes, barfußlaufendes Millionenvolk nämlich, in die Wagschale zu werfen; und dafür hat Mao die *Moral* seiner chinesischen *Massen* mobilisiert. Buchstäblich mit nichts außer ein paar armseligen Werkzeugen und seiner Bereitschaft zur Arbeit sollte dieses Volk das Land aufbauen – und das auch noch so *schnell*, dass es die kapitalistischen Staaten in den Schatten stellte.

In der Kulturrevolution hat Mao diesen Gedanken ein paar Jahr später noch einmal radikalisiert: Mit aller Gewalt sollte eine Änderung in der *Einstellung* des Volks (Kulturrevolution!) zu seiner Arbeit und seinem Staat erzwungen werden. Im Egoismus, den „bourgeois Gewohnheiten“, hat er den Hauptgrund für das langsame Vorwärtstommen seiner Revolution ausgemacht, weshalb er auf allen Ebenen gegen sie ankämpfen wollte und zwar erst einmal völlig rücksichtslos gegen ökonomische Fragen und Konsequenzen: Ein reinigender revolutionärer Sturm sollte durchs Land fegen und alle, auch die eigenen Funktionäre, kräftig durchrütteln (Parole: „rot geht vor Fachwissen!“).

Diese Massenkampagnen haben zu Millionen Toten und dauerhafter Unterernährung, zum Rückgang der Produktion und teilweise zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, aber zu sehr wenig produktiven Ergebnissen geführt. Als Folge ist dann Kritik an Mao laut geworden – allerdings nur in der Form, dass all diese Aktionen nicht allzu viel bringen, ganz besonders nicht für die wirkliche Konkurrenz der Nationen, die, wie man inzwischen „gelernt“ hatte, in Geld und Waffen ausgetragen wird. In der gerade entstehenden 3. Welt verlor China rapide an Einfluss, weil es den frischgebackenen unabhängigen Staaten auf diesen Feldern nichts zu bieten hatte; um sich herum sah man sich mit den bedrohlich wachsenden asiatischen Tigerstaaten (Südkorea, Thailand, Singapur, Malaysia) konfrontiert. So hat sich dann Deng Xiaoping nach Maos Tod mit seiner Linie durchgesetzt: Die Volksmoral allein kann wenig bewegen, wenn die Entwicklung der Produktivkräfte hinten und vorne zu wünschen übrig lässt. Mehr materielle Anreize (so hat er sich in etwa die kapitalistischen Produktionsmethoden vorgestellt) und vor allem der Import von Technologie aus dem kapitalistischen Ausland (nachdem man sich mit der SU zerstritten hatte), sollten dafür den Umschwung bringen.

Fazit: Warum ist der chinesische Sozialismus gescheitert?

Die chinesischen Kommunisten wollten mit ihrem roten China unbedingt in der *Konkurrenz der Nationen* bestehen. Dass sie dort so wenig auszurichten vermochten und all ihre sozialen Errungenschaften *dafür* so wenig hergegeben haben – das hat ihnen als *praktizierenden Nationalisten* sehr zu denken gegeben. Als Konsequenz haben sie nach nicht einmal dreißig Jahren lieber ihre sozialistische Ökonomie für ihren nationalen Erfolg weggeworfen als umgekehrt ihrer sozialistischen Volksfürsorge zuliebe das Programm einer weltweit erfolgreichen chinesischen *Nation* sein zu lassen. Das war *nicht notwendig* – sie hätten auch anders gekonnt – , aber *durchaus folgerichtig*, denn in ihrem Nationalismus waren sich sämtliche Fraktionen der KP einig, weshalb sie sich auch weder vorher noch dann gespalten, sondern immer wieder gegenseitig auf Einheit verpflichtet haben.

In China ist also nicht ein weiteres Mal „der Sozialismus“ „gescheitert“ – so wie es meistens gesehen wird. Vielmehr hat hier eine Kommunistische Partei regiert, die sich nie zu einer wirklichen Verabschiedung von Kapitalismus und Staat entschlossen hat. Sie hat letztlich all das *besser* machen wollen: eine gerechte und alle versorgende Wirtschaft und einen guten, volksfreundlichen Staat. Wegen der *dazu gehörenden* nationalen Ansprüche hat sich die regierende Partei selbst (keine Kritik von unten, die durchaus fällig gewesen wäre!) von ihrem Projekt abgewandt und sie hat sich mit diesen Ansprüchen einem Einstieg in kapitalistische Produktionsmethoden und Weltmarktteilnahme zugewandt.

Und in der Tat: für diese Sorte Ansprüche ist sie da offensichtlich besser bedient. Was sich für ihren Sozialismus störend und letztlich zerstörerisch ausgewirkt hat, das erweist sich für die kapitalistische Volksrepublik als enorme Produktivkraft – der sture Nationalismus der chinesischen KP, Stichwort: Wiederaufstieg zur Weltmacht!

Renate Dillmann, China – ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht. VSA-Verlag 2009, 3. Aufl.

Homepage und Kontakt über: renatedillmann.de